

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Verleger: Rudolf Wolff in Berlin.  
Redaktion: Rudolf Wolff in Berlin.

## Eine glatte Ablehnung unwahrscheinlich.

### Ein eigenartiges Dokument.

von (Nachdruck verboten.)  
Graf Max Montgelas.

In seiner Ende Oktober 1914 zu Zürich veröffentlichten Broschüre „Der Krieg und die Internationale“ nennt Trotski nicht mit Unrecht, das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien eines der eigenartigsten — das dem zünftigen Diplomaten gebräuchlichste Ausdruck ist noch wesentlich stärker — Ultimaten der diplomatischen Geschichte. Dieses Dokument ist nunmehr nach Form und Inhalt wesentlich übertrieben durch die Mantelnote der gegnerischen Staatsmänner auf die deutschen Gegenentschläge, die einen letzten ehrlichen Versuch darstellten, unter schwersten Opfern Deutschlands zu einem Dauer verheißenden Verständigungsfrieden zu gelangen. In Ost und West war die Feder gelockt, die dieses neue Ultimatum niederzuschreiben, und es ist damit die Öffnung gerichtet, an die mancher sich klammern konnte, als er in den einseitigen Worten des Verfaller Entwurfs die Worte las, das künftig zwischen den Staaten „auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete Beziehungen“ bestehen sollten.

Die Gerechtigkeit, die vor einem Jahre „keinen Unterschied kannte zwischen solchen, gegen die man gerecht, und solchen, gegen die man weniger gerecht sein wollte“, scheint nunmehr zu fordern, daß das eine „Ja“, das man früher in seiner Weise schädlichen oder benachteiligten wollte, für den von allen Kriegführenden anerkanntesten Schaden Ersatz zu leisten habe „bis zur äußersten Grenze seiner Zahlungsfähigkeit“. Sie scheint zu fordern, daß Gebiete mit unbestritten deutscher Bevölkerung vom Stammlande getrennt, daß deutsche Flüsse und Ströme internationalisiert, daß deutsche Arbeiter zu Fremdenfremder Kapitalisten erniedrigt, endlich weite Teile der Weltrechte des deutschen Volkstums an ausländischen Kontrollkommissionen übertragen werden.

Die Ehre scheint zu verlangen, daß ein wehrlos gewordenes Volk, dem am 2. April und 14. Juli 1917 in öffentlicher Rede zugesagt worden war, den Krieg nicht gewollt zu haben, in einer noch nie dagewesenen Art vor der ganzen Welt bekräftigt und beschworen, in seinen inneren Gefühlen und seiner Ehre verletzt wird, daß gegen alle seine Mitglieder der Vandalismus-vorwürfliche Verletzung geschehen wird.

Gerechtigkeit und Ehre scheinen zu bedingen, daß deutsche Kriegsgefangene noch im neunten Monate, nachdem der letzte Schritt gesellen, zurückgehalten und häufig zu grausam behandelt werden, daß neulich dem Anblick eines Rückstrahlers solcher Unglücklicher auf dem Bahnhof von Bern ein amtlicher Vertreter der Sozialpartei seiner Entrüstung über diese Unmenschlichkeit offen Ausdruck gab.

Man braucht den Inhalt der Mantelnote kaum zu lesen, der die spärlichen Zugeständnisse an Deutschland Lebensinteressen ausfüllt. Die vorhergehenden Teile gewähren dem Geist das Genügen zu verschaffen. Eine wichtige der vorläufige Gedankengang des Feindescharfes, die krankhafte Mißbeurteilung der Massenbefragung, die in scheinbare Gerechtigkeit verleierte Eudot nach Blutrache und Geldgier. Wer so denkt spricht und handelt, kann nie und nimmer als Räuber einer neuen Zeit gelten, kann der Menschheit nicht neue Ideale weisen. Der Ton des Ehrlichkeits schließlich ist dezent und ansehnlich, so weit von den elementarsten Regeln internationaler Höflichkeit, daß der Empfänger der Note wohl im Zweifel gewesen sein wird, ob er ein lo beledigendes Schreiben seiner Regierung überhaupt unterbreiten kann.

Was die sogenannten Zugeständnisse betrifft, so sind sie in territorialer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung durchaus ungenügend. Ökonomie ist abgetrennt, Wirtschaft wird verweigert, über den Saugendeit schwebt während 15 Jahren keine Ungewissheit, die Genugtuung des deutschen Wirtschaftslebens wird entgegen bezeichnenden Worten aufrechtgehalten.

Mit Männern, die uns einer solchen Gebot als einen Frieden der Gerechtigkeit aufzwingen wollen, gibt es keine Gemeinschaft, ganz besonders nicht für jene Deutsche, die überseits stets für einen Frieden der Veröhnung und Willkür eingetreten sind. Wer solchen Gebot ist, ist ein Feind des Friedens, ist ein Feind der Menschheit. Die Empörung über dieses Gebot wird noch verstärkt, wenn man sich erinnert, in wie salbungsvollen Worten manche dieser Männer früher zu sprechen wußten. Da sind noch vorzulegen die nationalitätlichen Heißsporne beider Parteien, die zum Inhalt der Welt, aber scheinbarweise sich offen zu brutalen Gewalt bekannnten und es beschämten, der von der Menschheit ersehnten Ausgleichung der Dinge den Vorschlag zu entwickeln, von dem Lord Grey im Mai vorigen Jahres mit Recht so verächtlich gesprochen hat.

Die Ansicht, daß ein ehrlicher Mann nicht unterschreiben kann, was er nicht zu halten imstande ist, wurde hier so oft schon ausgesprochen, daß eine Wiederholung nicht nötig ist. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß dem Vernehmen nach die gelamte Friedensdelegation einmütig denselben Standpunkt einnimmt. An der Regierung und der Nationalversammlung ist es, denselben ihren Willen zu bekunden. Deutschland war bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen, um Vergangenes vergessen zu machen und um ehrliche und vollständige Genugtuung für jeden Schaden zu bieten, der ihm allein zur Last gelegt werden kann. Es war vergebens. Die deutsche Regierung kann nicht unterzeichnen.

### Auf der Suche nach der Kompromißformel.

Beimar, 19. Juni. (Durch Telefon.)

T.W. Die Anhänger der Unterzeichnung in der Mehrheitssozialdemokratie und vor allem auch im Zentrum sind so zahlreich und so rührig, daß eine einfache, glatte, vollständige Ablehnung der Friedensbedingungen kaum noch möglich ist. Diese zur Unterzeichnung bereiten Abgeordneten werden unterstützt von einigen mehrheitssozialistischen Ministern auf wichtigen Posten, die jetzt offener und bestimmter als bisher dem Standpunkt Erzbergers teilen. Die Pariser „Aberio“ hat eine Liste derjenigen Minister, die für die Unterzeichnung seien, und eine Liste der Unterzeichnungsgegner in der Regierung veröffentlicht. Diese Listen sind Phantasterequisiten und gänzlich falsch. Während der Chefredakteur des „Vorwärts“, Friedrich Stampfer, der fest und entschieden die Unterzeichnung abgelehnt hat, in Weimar weil, hat gestern der „Vorwärts“ in einem Leitartikel die Unterzeichnung verlangt. Das ist charakteristisch für die ganze Situation. Auf der anderen Seite würden neben dem Grafen Ranpau, der unerträglich für die Ablehnung der Bedingungen kämpft, auch die meisten Mitglieder des Kabinetts, und darunter besonders die demokratischen, eine Politik der Unterzeichnung nicht mitmachen. Die schon im Leitartikel des Morgenblattes gesagt wurde, nicht also als Lösung, der man zuerzert, ein sogenanntes Kompromiß. Dieses Kompromiß kann natürlich sehr verschiedenartig aussehen und je nach seinem Inhalt und seiner Form sich mehr dem einen oder dem anderen Standpunkt nähern. Es sind allerlei Formeln und Entwürfe

ausgearbeitet worden und fortwährend werden von einzelnen Personen oder von parlamentarischen Gruppen neue verfaßt. Ob Graf Ranpau und die mit ihm übereinstimmenden Mitglieder der Regierung nach Verwirklichung irgendeines dieser Kompromißvorschläge im Kabinett bleiben würden, ist an sich schon zweifelhaft. Daß besonders Graf Ranpau nicht bleiben würde, wenn das Kompromiß den Ideen der Unterzeichnungsgegner allzuweit angepaßt sein sollte, ist, wie man wohl sagen darf, eine Selbstverständlichkeit.

### Die Stellungnahme des Kabinetts: „Unerschütterlich und unerfüllbar.“

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters)

E. D. Weimar, 19. Juni.

Die gestrige dritte Sitzung des Reichskabinetts, die sich mit der Friedensfrage beschäftigte, zog sich bis 3 Uhr morgens hin, ohne daß ein bestimmter Beschluß gefaßt wurde. Es ist Tatsache, daß die Meinungen der Kabinettsmitglieder zum Teil auseinandergehen. Schließlich einigte man sich, um den Beratungen einen vorläufigen Beschluß zu geben, auf „Unerschütterlich und unerfüllbar“ auszuweichen. Heute vormittag treten die Führer der Mehrheitspartei zu einer Konferenz zusammen, um eine Kompromißformel zu finden, die weder eine glatte Annahme noch eine glatte Ablehnung der feindlichen Friedensbedingungen bedeutet.

Die die nationalliberale „Korrespondenz“ mittels, hat die Forderung der Deutschen Volkspartei einmütig beschlossen, den Friedensvertrag auch in seiner heutigen Gestalt in voller Übereinstimmung mit der bisher in der Friedensfrage eingenommenen Haltung abzulehnen.

Es wäre verfehlt, sich über die Schwere der Folgen irgendeiner Zuspätkommen auszusprechen. Selbst können wir uns nicht zur sehr leben und von außen kommt uns keine Hilfe. Denn „noch unendlich klein ist“, wie mit dieser Tage ein ebedelnder Mann aus dem anderen Lager sprach, die Zahl der freien und international denkenden Geister, und rings um sie behagt sich eine Masse von hinterer Gefühllosigkeit. In jenseitigen Ländern ist die Opposition gegen die herrschenden Gewalten erhaltungsgemäß mehr als schwächlich. Es war sein Rufesblatt für deutsche Heberzeugungstreu, daß gegen die schmählichen Widerstände von West-Kontinent und Afrika sein ernsthafter Widerstand gemacht wurde. Die Totenrufer des Deutschen Reiches haben damals ihren Hauptzweck durchgeföhrt. Die Männer, die jetzt in Paris noch viel Schimmeres verleben, werden sich gleichfalls als Totengräber erweisen. Internationals müßte man an der Menschheit verzweifeln. Denn wenn die Bestimmungen des geplanten Entwurfsfriedens dauernd und reiflos zur Durchführung gelangen, so würden, um die Worte Gladstones aus seiner während des Krieges vielfach entlehnt wiedergegebenen Rede über Belgien von August 1870 zu gebrauchen, die Vorkriegsbedingungen für Geseh und Gerechtigkeit in Europa“.

### Pariser Notifikationen.

Das „neue Kabinett“. — Ranpau und Erzberger. —

Ein „Kompromiß“.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters)

2. Bericht, 18. Juni.

Die Nachrichten über den Eindruck der Entenotantwort in Deutschland und über den Einfluß der Delegation, mit der Regierung vor der Unterfertigung zu beraten, wird von der Pariser Presse verhältnismäßig ruhig kommentiert. Da trotz der Opposition auf die Unterfertigung gesehnet wird. Aus allen Berichten, die von Berlin und Weimar nach Paris übermittelt werden, geht die Auffassung hervor, daß die Regierung entschlossen sei und das Volk den Frieden um jeden Preis wolle. Deshalb erwartet die öffentliche Meinung Frankreichs eine Umbildung des Kabinetts und die Erlegung des Grafen Brockdorff-Ranpau durch Erzberger, um auf diese Weise zu einem Kompromiß zwischen den Anhängern und den Gegnern der Unterfertigung zu gelangen, und damit schließlich die Unterfertigung unter Protest. Rime es wider Erwarten nicht so, dann würde der Vormarsch der Alliierten die Unterfertigung rasch erzwingen. Das ist der Grundton fast aller Zeitungen, mit nach den politischen Klängezungen verschieden. Der „Matin“ warnt vor deutschen Wankern, die geschickt werden könnten. Nach einem Aufstiege gegen die Deutschen, die für eine so milde Strafe Gatt beufen sollten und statt dessen die Franzosen der Barbarei beschuldigen, spricht er von der Nationalversammlung und dem Beschluß über den Friedensvertrag und prophezeit, daß Deutschland sich um neuen Aufschub bemühen würde, um eine Volksabstimmung herbeizuföhren. In den vierzehn Tagen, die dazu nötig wären, könnte es geschehen, daß der amerikanische Senat, nach dem Antrag des Senators Rone, die ganzen Verträge und Sätze aus dem Friedensvertrag entfernt werden würde, dann würde die ganze Arbeit von neuem beginnen. Nur Einigkeit und Geschlossenheit der Alliierten könnten die rasche Entwicklung der Dinge herbeiföhren, deren Ausgang nicht zweifelhaft wäre.

In „Le Cour“ charakterisiert Marcel Sembat die Geschicksfemnis der alliierten Vertragsdrohler, die Preußen in zwei Teile zerschneiden wollen, weil in Ostpreußen einmal vor Jahrhunderten keine Deutschen gewohnt haben. „Ihr denkt wohl an die Ritter vom Deutschen Orden, ihr Herren!“ protestiert er. Siderlich hat es einen Vorwurfs, daß französische Kommissarier (offiziell) auf dem grünen Tisch unter Konferenz gesehen.“ Den einzigen Wert des Entwurfs erkennt er in einigen Sätzen, die verweist die Rücksicht vor Bernunft anbeuten. So in dem Gebändnis, daß der Ritt der deutschen Industrie zugleich Hövoren Schändnis für die Alliierten

### Die militärischen Maßnahmen der Entente für den Fall der Nichtunterzeichnung.

Die englische Flotte ausfahrtsbereit. — Sämtliche Urlaube aufgehoben. — Die Vormarschpläne.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Soag, 19. Juni.

Aus London wird gemeldet: Das britische Luftschiff R 34, das einen Drosselung machen sollte, wurde mit Bomben und Maschinengewehren ausgerüstet und hat England verlassen, um einen Flug über die deutsche Seezähle zu machen. Die britische Flotte ist ausfahrtsbereit. Sämtliche Militärfahrer wurden eingezogen.

Aus New York wird gemeldet: Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Paris hat der Rat der Vier am Montag mit Marshall Foch über die Pläne für die Kriegsoperationen beraten, die im Falle der Verweigerung der deutschen Unterfertigung in die Wege geleitet werden sollen. Die Krupp-Werke in Essen sollen nach diesem Plan durch britische und amerikanische Truppen besetzt werden. Engländer und Amerikaner werden gleichfalls alle vorgelegenen Stellen dieses Gebietes besetzen während die Franzosen über den Vordrücken von Reich hinaus 20 Kilometer und bei Weiz 15 Kilometer vorrücken. Die Alliierten haben in ihren Stellungen drei- und sechsköpfige Geschütze konzentriert. Ebenso sind hunderte neue Land- und Seeabwehrkanonen aufgestellt worden. Die britische und französische Kavallerie hat frische Pferde erhalten. Amerikanische Kavallerie ist in der ersten Linie angekommen. Die alliierten Flieger haben während der letzten drei Monate täglich Aufnahmen des deutschen Geländes gemacht und sämtliche Batterien photographiert. Die alliierten Batterien stehen schußbereit und sind in der